



## In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

### Auf einen Blick

- › Angesichts blockierter UN-Strukturen und unklarer Bedrohungslagen wird die Legitimität der amerikanisch-israelischen Angriffe auf den Iran mit Blick auf das Völkerrecht unterschiedlich eingeschätzt. Die EU wirkt gespalten, handlungsunfähig und abhängig von den USA, während wirtschaftliche und geopolitische Risiken des Konflikts unmittelbar auf Europa zurückfallen. Ein Eingreifen in den Konflikt wird unterschiedlich bewertet. Europa aber muss handlungsfähiger und eigenständiger werden, um in einer instabilen Welt Ordnung und eigene Interessen wirksam zu schützen. Diskutiert wird dabei auch eine verstärkte deutsch-französische Kooperation sowie eine britische Annäherung an die EU.
- › Demokratien brechen nicht zusammen, sondern erodieren langsam. Populismus, wachsende Ohnmachtsgefühle in der Gesellschaft, zunehmende Angst vor Krisen, fehlende Zukunftsvisionen, schwache politische Führung und eine fehlende politische Mitte sind dabei Risikofaktoren.
- › Die Wissenschaft leidet zunehmend unter den politischen und gesellschaftlichen Erwartungen und wird in ihrer Autonomie bedroht. Universitäten aber bleiben zentrale Pfeiler demokratischer Gesellschaften, weil sie kritisches Denken, Erkenntnisgewinn und offene Debatten ermöglichen.
- › Nachrufe würdigen Jürgen Habermas als einen der einflussreichsten Philosophen der Gegenwart.

## Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Völkerrecht und Machtpolitik.....	2
In der Debatte: Die wehrhafte Demokratie .....	7
In der Debatte: Wissenschaft und Forschung.....	10
In der Debatte: Jürgen Habermas.....	12
Rezensionen .....	14
Impressum.....	19

## In der Debatte: Völkerrecht und Machtpolitik

*Matthias Herdegen* befasst sich in der *Welt am Sonntag*<sup>1</sup> mit der völkerrechtlichen Bewertung der amerikanischen-israelischen Militärschläge gegen den Iran und kritisiert dabei eine vor-schnelle Empörung über vermeintliche Rechtsbrüche. Zwar verlange das Gewaltverbot der UN-Charta strenge Rechtfertigungen für militärisches Handeln, doch könnten massive Menschenrechtsverletzungen oder eine drohende existenzielle Gefahr – etwa durch Irans Atomprogramm und das erklärte Ziel, Israel zu vernichten – humanitäre Interventionen oder präventive Selbstverteidigung plausibel machen. Da der UN-Sicherheitsrat blockiert sei, könnten solche Szenarien nicht durch internationale Verfahren geklärt werden, was Staaten zu eigenen Abwägungen zwingen würde. Das Völkerrecht müsse Spannungen zwischen Gewaltverbot, Sicherheitsinteressen und dem Schutz unterdrückter Bevölkerungen aushalten, statt moralisch vereinfachend zu urteilen. Autoritäre Mächte wie Russland und China bedrohten die regelbasierte Ordnung stärker als umstrittene westliche Eingriffe. Eine zukunftsfähige Völkerrechtsordnung müsse legitime Sicherheitsbedürfnisse ebenso berücksichtigen wie fundamentale Menschenrechte.

Im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*<sup>2</sup> erläutert *Wolfgang Kaleck*, dass militärische Interventionen gegen Iran ohne UN-Mandat eindeutig völkerrechtswidrig wären, da China und Russland als Vetomächte jedes Mandat blockieren würden, hätte man dieses aber auch nicht bekommen. Trotz der massiven Gewalt des iranischen Regimes könne man dem Völkerrecht nicht die Schuld geben, es sei nur so wirksam wie die Staaten, die es anwenden würden. Daher sei es dringend geboten, ungenutzte völkerrechtliche Mittel wie Strafverfahren und politischen Druck stärker auszuschöpfen. Das eigentliche politische Dilemma der europäischen Staaten liege in der Tatsache begründet, dass eine klare Kritik an den USA deren Unterstützung für die Ukraine gefährden könnte. Eine Welt, in der Staaten sich selbst ermächtigen, nach Belieben militärisch zuzuschlagen, wäre deutlich unsicherer. Gegenwehr gegen das iranische Regime sei völkerrechtlich möglich, aber erst nachdem alle friedlichen Mittel ausgeschöpft worden seien. Zugleich sei es wichtig, juristisch gegen iranische Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen durch internationale Strafverfolgung vorzugehen, weil langfristig keine demokratische Gesellschaft entstehen könnte, wenn Täter straffrei blieben. Das Beispiel Spaniens zeige anschaulich und warnend, dass Amnestien, die alten Regimen den Weg in die Straflosigkeit ebneten, später extremistische Bewegungen stärken könnten. Straflosigkeit schaffe falsche Anreize, auch im Fall Iran. Trotz des globalen Erosionsprozesses des Völkerrechts müsse man beharrlich bleiben. In den vergangenen Jahrzehnten habe es wichtige Fortschritte wie den Internationalen Strafgerichtshof gegeben. Diese gelte es zu verteidigen und gleichzeitig weitere Entwicklung einzufordern, statt in Militarisierung und Resignation zu verfallen.

<sup>1</sup> Matthias Herdegen, Vom Völkerrecht gedeckt, *Welt am Sonntag*, 8.3.2026.

<sup>2</sup> Ronen Steinke, „Kriege sind nur Scheinlösungen“. Fragen an den Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, Leiter des European Center for Constitutional and Human Rights, *SZ*, 10.3.2026.

Jürgen Bröhmer geht in der FAZ<sup>3</sup> mit Blick auf den amerikanisch-israelische Angriff auf den Iran der Frage nach, ob dies völkerrechtswidrig sei und zeigt auf, dass diese Frage stark von der tatsächlichen Bedrohungslage abhängen würde. Während ein Krieg eindeutig unzulässig wäre, wenn Iran keine akute Gefahr darstelle, werde die rechtliche Bewertung komplexer, falls Iran tatsächlich kurz davorstehe, Atomwaffen und geeignete Trägersysteme zu entwickeln. Die klassische, sehr restriktive Auslegung des Selbstverteidigungsrechts nach Artikel 51 der UN-Charta verlange einen unmittelbar bevorstehenden Angriff, doch Staaten hätten historisch immer wieder signalisiert, dass sie existenzielle Gefahren nicht allein aus formalen Gründen hinnehmen würden. Die rechtliche Bewertung des Angriffs auf den Iran hänge maßgeblich davon ab, ob tatsächlich eine unmittelbare und nicht zu verhindernde Bedrohung für die Existenz Israels bestehe. Während ein Angriff ohne eine solche Bedrohung klar rechtswidrig wäre, sei auch deutlich, dass Iran seit Jahrzehnten offen die Vernichtung Israels anstrebe und aktiv an Atomwaffen sowie Trägersystemen arbeite, was die Gefahr plausibel erscheinen lasse. Da der UN-Sicherheitsrat wegen Blockaden seine Rolle nicht erfüllen könne und somit keine Feststellungen zur Bedrohungslage treffe, liege es nah, dass betroffene Staaten selbst über Maßnahmen zum Schutz ihrer Existenz nachdächten. Auch habe Iran nicht die nötige Transparenz gezeigt, um die Sorge vor einer möglichen Vernichtungskapazität zu entkräften, etwa durch umfassende Inspektionen. Insgesamt sei ein pauschales Rechtswidrigkeitsurteil ohne genaue Prüfung der Tatsachenlage daher nicht haltbar.

Peter Köpf und Martin Kobler merken im *Tagesspiegel*<sup>4</sup> kritisch an, die jüngsten militärischen Angriffe der USA und Israels auf den Iran seien ohne völkerrechtliche Grundlage erfolgt. Obwohl das iranische Regime brutal unterdrücke, foltere und seine Gegner hinriche, dürfe auch gegen verhasste Diktaturen Gewalt nur im Einklang mit der UN-Charta eingesetzt werden. Nach dieser sei zwischenstaatliche Gewalt grundsätzlich verboten und nur in unmittelbarer Selbstverteidigung zulässig; ein politisch motivierter Regimewechsel oder ein präventiver Gegenangriff ohne nachweisbar bevorstehenden Angriff seien daher illegal. Die internationale Ordnung sei gefährdet, weil politische Entscheidungen zum Angriff regelmäßig der juristischen Prüfung vorausgingen, ein Muster, das sich erneut zeige, wenn die Bundesregierung erst nach dem Militärschlag die Rechtmäßigkeit bewerten wolle. Die westlichen Staaten trügen Verantwortung. Die Interventionen nach 2001 und besonders der Irakkrieg 2003 hätten das regionale Machtgleichgewicht zugunsten Iran verschoben, und Trumps Ausstieg aus dem Atomabkommen 2018 habe zentrale diplomatische Kontrollmechanismen zerstört. Militärische Gewalt könne zwar Regime stürzen, aber keine stabile Ordnung schaffen. Das Beispiel Libyens sowie die unrealistischen Prognosen der US-Strategie zeigten, dass ein Machtvakuum, interne Machtkämpfe und Chaos wahrscheinlicher seien als ein reibungsloser Übergang zu einer stabilen Nachkriegsordnung. Ein destabilisierter Iran mit seinen rund 90 Millionen Einwohnern könnte zudem massive Fluchtbewegungen auslösen, die Europa direkt betreffen würden, ähnlich wie nach dem syrischen Bürgerkrieg.

Im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*<sup>5</sup> stellt Markus Krajewski klar, dass ein Angriff auf einen militärischen Kommandeurs zwar weniger schwer wiege als ein Angriff auf Zivilisten, ein solcher Schlag gegen iranische Führungspersonen jedoch trotzdem völkerrechtlich unzulässig bleibe, da weder Notwehr noch ein UN-Mandat vorliegt. Zwar sei das iranische Regime nach innen brutal und nach außen aggressiv, doch ersetze dies keine rechtliche Grundlage für militärische Gewalt. Auch eine vorbeugende Selbstverteidigung setze eindeutige Beweise für einen unmittelbar bevorstehenden Angriff voraus, solche Belege seien jedoch nicht vorgelegt

---

<sup>3</sup> Jürgen Bröhmer, Das Völkerrecht verlangt keine Opferbereitschaft, FAZ, 19.3.2026.

<sup>4</sup> Peter Köpf/Martin Kobler, Ein Krieg ohne Plan und rechtliche Grundlage, Der Tagesspiegel, 9.3.2026.

<sup>5</sup> Markus Krajewski, „Unwürdiger Eiertanz“, SZ, 19.3.2026.

worden. Es könne gefährliche Folgen haben, sollten Staaten eigenmächtig militärisch intervenieren. Sanktionen und politische Druckmittel seien sinnvoller, da Bombardierungen keinen Regimewechsel bewirkten und nur zu noch härterer Repression im Land führen würden.

*Torsten Riecke* thematisiert im *Handelsblatt*<sup>6</sup>, wie die Aufforderung von Donald Trump, Europa möge sich am militärischen Vorgehen gegen die iranische Seeblockade in der Straße von Hormus beteiligen, die europäischen Staaten politisch und moralisch herausfordere. Viele europäische Regierungschefs fürchteten eine Verstrickung in einen Krieg, den sie ablehnten, und zugleich zeige sich, dass das Vertrauen in das Völkerrecht in Europa geschwunden sei. Politiker stellten die Wirksamkeit oder Relevanz des internationalen Rechts offen infrage, was sie in ihrer Grundhaltung den machtpolitischen Argumenten der US-Regierungsvertreter annäherte. Es scheine, als sei Europa der „innere Kompass“ abhandengekommen. Zwar bleibe das Völkerrecht angesichts machtpolitischer Realitäten unvollkommen, doch man sollte es nicht abschreiben, denn ohne die Orientierung an internationalen Regeln wären kleinere Staaten schutzlos gegenüber der Willkür großer Mächte. Das Völkerrecht sei zwar keine Garantie gegen das Böse, aber seine Aufrechterhaltung bleibe zentral für Frieden, Selbstbestimmung und den Schutz der Menschenrechte. Dies seien Lehren, die aus den Katastrophen des Zweiten Weltkriegs gezogen worden seien.

*Janan Ganesh* macht in der *Financial Times*<sup>7</sup> darauf aufmerksam, dass große Staaten zunehmend Schwierigkeiten hätten, klare militärische Siege zu erringen. Beispiele aus Vietnam, Afghanistan, Irak, der Sahelzone oder dem russischen Angriff auf die Ukraine zeigten, dass selbst mächtige Armeen trotz überlegener Ausrüstung oft scheitern oder in festgefahrenen Konflikten enden würden. Gründe dafür seien unter anderem die Verbreitung moderner Waffentechnologien wie Drohnen, die Stärke kleinerer, unkonventionell kämpfender Kräfte sowie die hemmende Wirkung des Risikos nuklearer Eskalation. Während Luftschläge gelegentlich Erfolge erzielten, stießen sie ohne Bodentruppen schnell an Grenzen. Die Folge sei eine Welt, in der militärische Gewalt zwar häufiger angewandt werde, aber immer weniger erfolgreich sei. Das könnte Staaten davon abhalten, neue Kriege zu beginnen oder zu einer gefährlichen Unterfinanzierung demokratischer Verteidigungsstrukturen führen, wenn die Bevölkerung das Vertrauen in die Wirksamkeit militärischer Mittel verliere.

In der *WirtschaftsWoche*<sup>8</sup> wirft *Horst von Buttlar* die Frage auf, ob der Irankrieg tatsächlich nicht „Europas Krieg“ sei. Zwar habe Europa den Konflikt weder begonnen noch wolle es sich militärisch beteiligen, doch liege eines der Hauptziele der Angriffe – die Schwächung von Irans Atom- und Rüstungsprogrammen – durchaus im europäischen Interesse. Während Diplomatie gegenüber Teheran seit Jahren scheitere, übernahmen die USA und Israel erneut die „Drecksarbeit“, zu der Europa weder willens noch fähig sei. Die militärischen Angriffe seien zwar erfolgreich, doch die Folgen für den Welthandel – insbesondere durch Angriffe auf Schiffe sowie die Schließung der Straße von Hormus – seien gravierend und hätten Europa unvorbereitet getroffen. Das klare Nein Europas zur Unterstützung der USA sei ein Fehler, zumal der Schutz von Handelsrouten eine etablierte Aufgabe internationaler Missionen sei. Die wirtschaftlichen Folgen des Konflikts dürften massiv sein und würden noch unterschätzt. Auch wenn es nicht Europas Krieg sei, die daraus resultierende Krise treffe Europa dennoch unmittelbar hart.

Im *Tagesspiegel*<sup>9</sup> warnt *Stephan-Andreas Casdorff* davor, die Krise in der Straße von Hormus als fernes Problem abzutun, da diese für die globale und deutsche Wirtschaft zentral sei. Während Trump eine internationale Koalition zum Schutz der Seewege fordere und Frankreich Offenheit signalisiere, zögere Deutschland noch. Die Sicherung wichtiger Handelsrouten sei

---

<sup>6</sup> Torsten Riecke, Europas Schutzschild wankt, *Handelsblatt*, 18.3.2026.

<sup>7</sup> Janan Ganesh, How war stopped working, *Financial Times*, 25.2.2026.

<sup>8</sup> Horst von Buttlar, Nicht unser Krieg. Aber unsere Krise, *WirtschaftsWoche*, 20.3.2026.

<sup>9</sup> Stephan-Andreas Casdorff, Ein Schiff für Hormus, *Der Tagesspiegel*, 17.3.2026.

eine klassische Aufgabe internationaler Ordnungspolitik, daher könne sich Deutschland als Exportnation nicht heraushalten. Eine multinationale, defensiv angelegte Mission zum Schutz ziviler Schiffe sei kein Kriegseintritt, sondern Ausdruck von Verantwortung und Glaubwürdigkeit.

Im *Handelsblatt*<sup>10</sup> merkt *Moritz Koch* an, der neue Golfkrieg verschärfe Europas Sicherheitslage und komme vor allem Russland zugute. Durch steigende Ölpreise und amerikanische Sanktionserleichterungen profitiere Wladimir Putin unmittelbar, während die USA mit einseitigen Militärschlägen und inkonsequenter Russlandpolitik die transatlantischen Beziehungen belasteten. Europas Vertrauen in Washington erodiere, die NATO wirke gespalten. Gleichzeitig drohten Irans mögliche Reaktionen die Energiekrise zu verschlimmern und die Finanzmärkte weiter zu verunsichern. Auch ein späterer Frieden würde die Lage kaum beruhigen, denn das iranische Regime werde sein Atomprogramm noch entschlossener vorantreiben, was ein nukleares Wettrüsten in der Region auslösen könne. Am Ende könnten alle als Verlierer dastehen, mit Ausnahme Russlands, das aus der Destabilisierung im Nahen Osten politischen und strategischen Gewinn ziehen könnte.

Im Zuge des amerikanisch-israelischen Angriffs auf den Iran wirke Europa erneut wie ein machtloser Zuschauer und stoße in der sicherheitspolitischen Zeitenwende an strukturelle Grenzen, lautet die Einschätzung von *Nikolaus Nuspliger* in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>11</sup>. Während die USA Europa kaum noch konsultierten und offen kritisierten, ringe die EU mit internen Blockaden, langsamen Entscheidungsprozessen und fehlender strategischer Geschlossenheit. Die Außenpolitik bleibe durch das Einstimmigkeitsprinzip gelähmt, und selbst flexible Formate wie „verstärkte Zusammenarbeit“ stießen an ihre Grenzen, wie das Beispiel der von Ungarn blockierten Ukraine-Hilfen zeige. Parallel entstünden neue europäische Kooperationsgruppen, die zwar Beweglichkeit signalisierten, aber kaum konkrete Durchschlagskraft entfalten würden. Europas Abhängigkeit von den USA bleibe angesichts mangelnder militärischer Fähigkeiten bestehen, auch wenn Initiativen wie erhöhte Verteidigungsausgaben oder französische Nuklearpläne erste Schritte seien. Gefordert seien sicherheitspolitische Entschlossenheit, offene Märkte in der Rüstungsindustrie, flexible Integrationsmodelle – etwa für die Ukraine – sowie eine strategische Partnerschaft mit Großbritannien. Erst wenn die EU alte Denkmuster ablege, und echte Handlungsfähigkeit entwickeln würde, könne sie aus ihrer Zuschauerrolle in der internationalen Machtpolitik heraustreten.

Das *Editorial Board* der *Financial Times*<sup>12</sup> konstatiert, Donald Trump setze die NATO zunehmend unter Druck, indem er die Allianz als politisches Druckmittel nutze und Unterstützung für einen von den USA und Israel begonnenen Angriff auf den Iran fordere. Dabei ignoriere er, dass die NATO ein Verteidigungsbündnis sei, das nur bei echter Bedrohung eines Mitglieds eingreifen würde. Verbündete der USA wie Großbritannien und Deutschland lehnten eine Beteiligung am Konflikt ab, während Frankreich lediglich eine spätere Marinepräsenz zur Sicherung der Schifffahrtswege anbiete. Da Trump den Iran-Einsatz fälschlicherweise als Gegenleistung für die amerikanische Ukraine-Hilfe darstelle, wachse in Europa das Bewusstsein, sich militärisch unabhängiger aufstellen zu müssen. Besonders für Großbritannien, dessen Streitkräfte geschwächt wirkten, sei die Situation ein weiterer Hinweis darauf, dass die traditionellen Gewissheiten der transatlantischen Partnerschaft nicht mehr gelten würden.

*Richard Drexler* konstatiert bei *cicero.de*<sup>13</sup>, der „erratische“ amerikanische Präsident habe „aus einer Mischung aus Improvisation, innenpolitischem Kalkül und persönlicher Unberechenbarkeit“ die Welt in eine große Krise manövriert. Europas Reaktionen darauf seien bislang zu passiv und beschränkten sich auf Appelle, obwohl die europäischen Wirtschaftsinteressen

---

<sup>10</sup> Moritz Koch, Amerikas Krieg ist Europas Problem, *Handelsblatt*, 16.3.2026.

<sup>11</sup> Nikolaus Nuspliger, Flexibilität statt Dogmen, *NZZ*, 6.3.2026.

<sup>12</sup> Editorial Board, Trump's coalition of the unwilling, *Financial Times*, 16.3.2026.

<sup>13</sup> Richard Drexler, Europa muss am Golf militärisch eingreifen, *cicero.de*, 16.3.2026.

direkt bedroht seien. Europa und insbesondere Deutschland könnten sich aber nicht länger der Illusion hingeben, Wohlstand und freie Handelswege, von denen sie profitierten, ließen sich ohne strategische Macht sichern. Dies bedeute allerdings nicht, der schlingernden Politik der USA blind zu folgen. Stattdessen müssten Europa und Deutschland, um handlungsfähig zu bleiben, bereit sein, ihre ureigenen Interessen zu verteidigen, gegebenenfalls auch militärisch, da Diplomatie ohne glaubwürdige Stärke wirkungslos bleibe.

*Martin Kragh* merkt in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>14</sup> an, die provokative und unberechenbare Politik Donald Trumps habe die europäische Selbstwahrnehmung erschüttert und die Grundlagen der transatlantischen Partnerschaft infrage gestellt. Während Europa sich historisch auf den Schutz und die multilaterale Ordnung hätte stützen können, die die USA nach 1945 geschaffen habe, zwingt Trumps Verhalten die Europäer nun, ihre eigene sicherheitspolitische Identität neu zu definieren. Die EU reagiere darauf mit ersten pragmatischen Schritten – beispielsweise mehr Flexibilität, qualifizierte Mehrheitsentscheidungen und neue Kooperationsformaten –, bleibe jedoch durch innere Trägheit, finanzielle Zwänge und politische Uneinigkeit gebremst. Dennoch zeige sich, dass Europa nur dann handlungsfähig bleiben werde, wenn es seine Kohäsion stärke, seine militärische Leistungsfähigkeit ausbaue und die Grundidee der internationalen Zusammenarbeit weiterentwickle. Europas Identität liege nicht in der Machtpolitik, sondern im Bewusstsein gemeinsamer Werte, gegenseitiger Abhängigkeit und der Einsicht, dass Sicherheit nur kollektiv erreicht werden könne.

*Ivan Krastev* stellt im Interview mit der *Zeit*<sup>15</sup> fest, die USA unter Donald Trump seien nicht länger an einem starken, geeinten Europa interessiert, sondern bevorzugten ein Europa der Nationalstaaten. Trump stelle die bisherige amerikanische Unterstützung für die europäische Einigung infrage und sehe internationale Politik als Nullsummenspiel an. Dies führe zu einer Entfremdung zwischen den USA und Europa und werde verstärkt durch den Einfluss rechtspopulistischer Regierungen wie derjenigen Viktor Orbáns. Europa müsse sich langfristig militärisch und wirtschaftlich von den USA emanzipieren, da es kein Zurück zur alten transatlantischen Ordnung geben werde, auch nicht nach einer Amtszeit Trumps. Ein möglicher Weg nach vorn könnten flexible Kooperationen kleinerer Gruppen von EU-Staaten, etwa im Bereich Verteidigungs- oder Industriepolitik sein, um entscheidungs- und handlungsfähiger zu werden. Europa brauche neue Projekte, gemeinsame Investitionen und ein zukunftsgerichtetes Narrativ, um seine Handlungsfähigkeit in einer zunehmend unsicheren Welt zu gewährleisten. Trotz aller Unterschiede bleibe die EU für alle Mitgliedstaaten unverzichtbar, da kein europäisches Land allein global bestehen könne.

In der *Süddeutschen Zeitung*<sup>16</sup> beklagt *Nils Minkmar* die aktuelle Schwäche der deutsch-französischen Zusammenarbeit, obwohl gerade diese für Europas Stabilität unverzichtbar wäre. Ein seltenes positives Beispiel sei die erfolgreiche Freilassung des Schriftstellers Boualem Sansal durch diplomatische Vermittlung Deutschlands. Insgesamt jedoch fehle es beiden Regierungen an politischem Mut, strategischer Kreativität und regelmäßigem Austausch, in einer Zeit, in der internationale Akteure wie Russland, die USA und China wenig Interesse an einem starken deutsch-französischen Bündnis hätten. Trotz tiefer gesellschaftlicher Verbindungen – von Schul- und Städtepartnerschaften bis zu regen Austauschbeziehungen – blieben politische Impulse aus. Gefordert sei eine aktivere, visionäre Zusammenarbeit beider Länder, die über symbolische Gesten hinausgehe und damit Europa neue Handlungsfähigkeit, Hoffnung und geopolitische Stärke verschaffen könnte.

---

<sup>14</sup> Martin Kragh, Hoffnung ist für Europa keine Strategie, NZZ, 26.2.2026.

<sup>15</sup> Marcus Gatzke; Uwe Jean Heuser, „Ein Zurück zur alten Ordnung wird es nicht geben“. Fragen an den Politologen Ivan Krastev, Die Zeit online, 27.2.2026.

<sup>16</sup> Nils Minkmar, Reißt euch zusammen, SZ, 2.3.2026.

In *Le Figaro*<sup>17</sup> setzt sich *Nicolas Baverez* kritisch mit der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands ein Jahr nach dem Amtsantritt von Friedrich Merz und der neuen großen Koalition auseinander. Die Landtagswahl in Baden-Württemberg habe die fragile Unterstützung für die Regierung und den Aufstieg der AfD vor Augen geführt, während CDU und SPD weiter an Bedeutung verlieren würden. Die Krisen des Landes – demografisch, wirtschaftlich, sozial und sicherheitspolitisch – bildeten den Hintergrund für Merz' ambitionierten Kurswechsel. Er hebe die Schuldenbremse auf, stärke massiv die Verteidigungsausgaben und plane, Deutschland zur führenden Militärmacht Europas zu machen. Zugleich werde die Industrie strukturell auf die Rüstungsproduktion ausgerichtet. International strebe Deutschland eine dominante Rolle in der EU an, setze aber weiterhin auf die USA und offene Märkte, während es wenig Rücksicht auf seine europäischen Partner nehmen würde. Problematisch sei dabei, dass Deutschland bei seiner Modernisierung vor allem national denke, Partner marginalisiere und damit Konflikte, besonders mit Frankreich, verschärfe. Die neue deutsche Selbstbehauptung sowie das Gefühl der moralischen Überlegenheit – jegliche Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg werde abgestreift – berge Risiken einer Hybris und werde durch die mögliche Machtübernahme der AfD zusätzlich überschattet: „Le meilleur antidote pour l'Allemagne, comme pour l'Europe, serait le redressement de la France; le plus grand risque est l'accélération de sa chute.“

Der *Kommentar* in der *Times*<sup>18</sup> weist darauf hin, dass aktuelle geopolitische Krisen – insbesondere Russlands Krieg gegen die Ukraine und der amerikanisch-israelische Angriff auf den Iran – Großbritannien wieder näher an die EU führen würden. Die britische Regierung unter Labour setze dabei auf eine pragmatische Neuausrichtung der Beziehungen zur EU, insbesondere in Sicherheits- und Verteidigungsfragen, da Europas Abhängigkeit von den USA abnehme. Großbritannien könne eine wichtige Rolle durch sein nukleares Abschreckungspotenzial und seine maritime Stärke spielen. Zudem könne eine engere Kooperation bei der europäischen Rüstungsbeschaffung zu effizienteren Ausgaben führen. Wirtschaftlich habe der Brexit das britische BIP laut Studien erheblich geschwächt, weshalb die Regierung in verschiedenen Bereichen auf eine stärkere Annäherung an die EU setze, ohne jedoch die Zollunion oder den Binnenmarkt wieder beizutreten. Gleichzeitig blieben Regulierungsfragen – etwa zu KI oder Umweltvorgaben – eine Herausforderung. Insgesamt zeigten sich aber die Nachteile, die der Brexit mit sich gebracht habe, weshalb der Kurs der britischen Regierung, eine intensivere Zusammenarbeit mit der EU anzustreben, in der momentanen weltpolitischen Lage sinnvoll sei.

## In der Debatte: Die wehrhafte Demokratie

*David Runciman* warnt im Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>19</sup>, man solle nicht versuchen, gegenwärtige demokratische Entwicklungen durch historische Vergleiche – etwa zu den 1930er-Jahren – zu erklären. Moderne Demokratien unterschieden sich fundamental von früheren. Sie seien älter, technologisch stark vernetzt und demografisch geprägt von einer älteren Wählerschaft, was schnelle Zusammenbrüche unwahrscheinlich machen würde. Statt abrupt zu enden, würden Demokratien heute eher langsam erodieren. Sorgen über den Zustand der Demokratie seien dennoch nichts Neues; Klage und Misstrauen gehörten historisch immer dazu. Zugleich habe politische Professionalität abgenommen, da weniger Menschen

---

<sup>17</sup> Nicolas Baverez, La France et l'Europe face au „Germany first“, *Le Figaro*, 16.3.2026. [„Das beste Gegenmittel für Deutschland, wie auch für Europa, wäre die Erholung Frankreichs; das größte Risiko besteht in der Beschleunigung seines Niedergangs.“]

<sup>18</sup> The UK is right to reset its relationship with the EU, *The Times*, 17.3.2026.

<sup>19</sup> Florian Eder, „Ich sehe keinen Grund, anzunehmen, dass sich die 1930er Jahre wiederholen“. Fragen an den Politologen David Runciman, *NZZ*, 9.3.2026.

bereit seien, sich politisch zu engagieren, während der Respekt gegenüber Autoritäten allgemein gesunken sei. Moderne Demokratien seien müde und risikoscheu, was ihre Fähigkeit zu Reformen verringere. Gleichzeitig gebe es heute funktionierende autoritäre Alternativmodelle wie China, die zwar selten aktiv kopiert würden, aber vorhandene Unsicherheiten verstärkten, da sie in manchen Bereichen besser funktionierten. Die sozialen Medien hätten die politische Landschaft ambivalenter gemacht. Sie stärkten einerseits demokratische Teilhabe, verschlechterten aber die Informationslage und erschwerten Kompromisse. Gefährlich sei zudem, dass politische Aufmerksamkeit zunehmend vom Wahlzyklus dominiert werde, während existenziellere Risiken – wie das weitgehende Fehlen von Atomwaffenkontrollverträgen – aus dem Blick gerieten. Statt eines dramatischen Zusammenbruchs sei mit einer schleichenden Transformation der Demokratie zu rechnen. Ein Wandel werde erkennbar, wenn Bürger stärker in echte Entscheidungen einbezogen würden. Mehr direkte Partizipation könne demokratischer, zugleich aber weniger liberal ausfallen. Ohne strukturelle Reformen würden Demokratien jedoch vor allem weiter ihr Führungspersonal austauschen, ohne grundlegende Probleme zu lösen und Wahlsysteme immer weiter fragmentieren, so dass ihre Regierungsfähigkeit immer weiter schwinde.

In der *FAZ*<sup>20</sup> befasst sich *Andreas Wirsching* mit der Frage, wie sich das deutsche Verständnis der „wehrhaften Demokratie“ seit 1949 verändert habe: vom etatistischen, stark repressiven Modell der frühen Bundesrepublik, das sich vor allem gegen den Kommunismus gerichtet habe, hin zu einer zunehmend liberalisierten Rechtsordnung, in der Grundrechte ausgeweitet und staatliche Eingriffsmöglichkeiten reduziert worden seien. Diese Entwicklung habe dazu geführt, dass rechtsextreme Parteien heute trotz verfassungsfeindlicher Ziele schwer sanktioniert werden könnten, sichtbar etwa im NPD-Urteil von 2017, das ein Verbot mangels „Erfolgspotentials“ abgelehnt habe. Dadurch sei das wirksamste Instrument der „wehrhaften Demokratie“ geschwächt worden. Angesichts des wachsenden Einflusses der AfD müsse aber vor einer gefährlichen Wiederholung historischer Fehler gewarnt werden. Die Demokratie müsse entschlossener ihre verbliebenen Mittel nutzen, etwa strengere Prüfungen der Verfassungstreue und konsequentere Anwendung von Grundrechtsbeschränkungen, und zugleich offensiv politisch argumentieren. Ohne eine aktive Zivilgesellschaft und starken politischen Willen drohe die Aushöhlung der demokratischen Ordnung.

*Maja Göpel* erläutert im Gespräch mit dem *Tagesspiegel*<sup>21</sup>, dass die Strukturen des industriellen Nationalstaats an ihre ökologischen und sozialen Grenzen stoßen würden und eine umfassende Transformation nötig sei. Gleichzeitig würden rechtspopulistische Bewegungen wie MAGA in den USA immer stärker werden. Deren Aufstieg sei Folge sich häufender Fehlentwicklungen, eine Kombination aus wirtschaftlichen Abstiegsängsten, politischen Ohnmachtserfahrungen und systematischem Misstrauen, das von Populisten gezielt geschürt werde. Rechtspopulismus funktioniere international nach ähnlichen Mustern, Macht werde nach oben verteilt, Institutionen geschwächt, Justiz und Medien politisiert. Die internationale Ordnung befinde sich im Umbruch, wobei die Rolle Europas unsicher sei. Europa könne – bei mangelnder Einigkeit und Führung – vom „Rule-Maker“ zum „Rule-Taker“ werden, gerade angesichts der harten geopolitischen Positionierung der USA. In der deutschen Politik fehle strategische Klarheit, dadurch würden sowohl seine europäischen Ambitionen als auch innenpolitisches Vertrauen untergraben. Statt ernsthafter Zukunftsvisionen dominierten klientelorientierte Einzelmaßnahmen – zum Beispiel bei Wohnraum, Gesundheit, Alterssicherung oder Klimapolitik –, die an den Sorgen der Bevölkerung vorbeigingen. Um Vertrauen zurückzugewinnen, bräuchte es kohärente Politikpakete, faire Lastenverteilung und klare Ziele. Europa müsse sich zudem stärker integrieren und als geeinter Block agieren, um geopolitisch

<sup>20</sup> Andreas Wirsching, Ist die Demokratie in Deutschland noch wehrhaft?, *FAZ*, 23.2.2026.

<sup>21</sup> Jan Kixmüller, „Es braucht eine Allianz, die nicht nur aus Demokraten besteht“. Fragen an die Transformationsforscherin Maja Göpel, *Der Tagesspiegel*, 9.3.2026.

handlungsfähig zu bleiben. In den USA sei die Demokratie durch ein zunehmend rachsüchtiges und gewaltbereites Trump-Lager bedroht, obwohl Ansätze zivilgesellschaftlicher Gegenbewegungen, die mit gewaltfreiem Widerstand und Solidarität neue Kippunkte setzen könnten, erkennbar seien. In Deutschland sei eine hochprekäre Stimmung und ein wachsendes Gefühl gesellschaftlicher Zerrüttung zu spüren, was durch ungeschickte politische Kommunikation noch verstärkt werde. Allen Krisen zum Trotz seien viele Menschen engagiert und lösungsorientiert, die Gesellschaft sei noch nicht so polarisiert, wie oft behauptet würde, sondern vor allem blockiert.

In der *Financial Times*<sup>22</sup> merkt *Jemima Kelly* an, Liberale seien oft zögerlich, ihre eigenen Werte klar zu vertreten, obwohl diese – etwa Meinungs- und Religionsfreiheit, individuelle Autonomie oder Minderheitenschutz – die Grundlage pluralistischer Gesellschaften bildeten. Während Liberalismus häufig für gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht werde, liege das Versagen eher in der unzureichenden Umsetzung seiner Prinzipien. Die mangelnde öffentliche Verteidigung liberaler Werte habe ein intellektuelles Vakuum geschaffen, das illiberalen Denkern Auftrieb verliehen habe. Daher sei es heute besonders wichtig, für die Grundsätze des Liberalismus einzutreten, da er den besten Schutz gegen eine zunehmend autokratische Zukunft biete.

Im Interview mit dem *Tagesspiegel*<sup>23</sup> erklärt *Matthias Quent*, dass viele Menschen sich in der aktuellen Polykrise – verursacht durch globale Konflikte, die Klimakrise, technisierte Kommunikation und politische Blockaden – ohnmächtig fühlten. Diese Ohnmacht werde durch KI-gestützte, unpersönliche Dienstleistungen verstärkt, da sie Entfremdung und Einsamkeit förderten und damit rechten Populisten ein Einfallstor böten. Politische Akteure verschärften das Problem zusätzlich, indem sie schnelle Erfolge versprechen würden, die sie allerdings nicht einlösen können, was Frustration und den Wunsch nach autoritären Lösungen verstärke. Vor Wunschdenken – etwa im Glauben an Wundertechnologien oder einfache Lösungen für komplexe Probleme wie Migration – müsse ausdrücklich gewarnt werden. Demokratie brauche akzeptierte Grenzen von Macht, doch wenn diese als Schwäche wahrgenommen würden, profitierten die Rechten. Engagement im Ehrenamt könne dagegen Selbstwirksamkeit schaffen und demokratische Resilienz stärken. Dennoch gebe es lange verpasste Chancen, Menschen früh einzubinden. Angesichts einer überfordernden, von sozialen Medien geprägten Öffentlichkeit mangle es vielen an Handlungsstrategien. Gefordert seien daher mehr niedrigschwellige Angebote, lokale Solidarität und „demokratische Dreistigkeit“, die Menschen ermutige, kleine wie große Schritte zu gehen, um die Gesellschaft aktiv mitzugestalten.

In der *FAZ*<sup>24</sup> konstatiert *Gerald Braunberger*, Deutschland stehe unter dem Druck tiefgreifender geopolitischer, technologischer und demografischer Veränderungen, auf den die traditionellen Parteien – CDU, SPD und FDP – kaum angemessen reagieren würden. Die Folge seien massive Vertrauensverluste. Die CDU bleibe schwach, die SPD rutsche Richtung Bedeutungslosigkeit ab, und die FDP verliere ihren Rückhalt im liberalen Bürgertum. Gleichzeitig zeige die Bundesregierung erhebliche Defizite in Führung und Erwartungsmanagement, was Reformversprechen unglaubwürdig erscheinen lasse. Wähler wanderten in großer Zahl zur AfD ab, weil etablierte Parteien zentrale wirtschaftliche und gesellschaftliche Sorgen nicht überzeugend aufgreifen würden. Insgesamt erscheine das politische Establishment mutlos und strategisch orientierungslos, während gerade jetzt klare Worte, entschlossene Reformpolitik und glaubwürdige Führung nötig wären, um Populisten nicht weiter zu stärken.

---

<sup>22</sup> Jemima Kelly, Liberals should be less shy about saying what they stand for, *Financial Times*, 8.3.2026.

<sup>23</sup> Ariane Bemmer, „Zur Demokratie gehört Ohnmacht dazu“. Fragen an den Soziologen Matthias Quent, *Der Tagesspiegel*, 16.3.2026.

<sup>24</sup> Gerald Braunberger, Das Leiden der Veteranen, *FAZ*, 10.3.2026.

„Wo Gewissheiten schwinden, wächst die Angst vor Veränderung“ stellt *Hannah Bethke* in der *Welt am Sonntag*<sup>25</sup> fest. Die Stimmung, in der apokalyptische Narrative den öffentlichen Diskurs prägten und Ängste vor Krisen, technologischen Umbrüchen und geopolitischen Bedrohungen wachsen würden, sei politisch aufgeheizt. Vor diesem Hintergrund beginne für Deutschland ein Superwahljahr, in dem die AfD in nahezu allen Bundesländern deutliche Zugewinne verzeichnen und die Debatten dominieren könne. Zugleich bröckele die politische Legitimation, die Partei konsequent von der Regierungsverantwortung auszuschließen, zumal das Verwaltungsgericht Köln die Einstufung der Bundes-AfD als „gesichert rechtsextrem“ zurückgewiesen habe. Das traditionelle Modell der Volksparteien verliere weiter an Bedeutung, während CDU und SPD mit sinkender Integrationskraft kämpfen würden. Besonders schwach stehe der Liberalismus da, die FDP drohe in mehreren Ländern an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern und könne als politische Kraft verschwinden. Das Parteiensystem befinde sich im Umbruch, die Polarisierung nehme zu und zugleich werde eine neue politische Mitte gesucht, deren Fähigkeit, die gesellschaftliche Fragmentierung zu überwinden, entscheidend für die Zukunft der deutschen Demokratie sein dürfte.

## In der Debatte: Wissenschaft und Forschung

In der *FAZ*<sup>26</sup> betrachtet *Volker Meyer-Guckel*, wie die Wissenschaftsfreiheit in einer politisch polarisierten und demokratisch unsicheren Zeit unter Druck gerät. Normative Erwartungen von Politik und Gesellschaft – etwa in Form von Nachhaltigkeits-, Gleichstellungs- oder Transformationszielen – beeinflussten zunehmend Forschung und Hochschulsteuerung. Dies könne zu Polarisierung führen und die Autonomie der Wissenschaft schwächen. Die zentrale Spannung zeige sich in der Debatte, ob Wissenschaft aktiv gesellschaftliche Veränderungen fördern oder sich strikt an erkenntnisgeleiteten Verfahren orientieren solle. Es sei wichtig, normative Setzungen offen zu legen, Wertefragen transparent zu diskutieren und mehr Perspektivenvielfalt zu fördern. Wissenschaft dürfe aber – trotz aller Kritik an normativen Eingriffen – nicht unpolitisch werden. Statt sich aus gesellschaftlichen Fragen zurückzuziehen, brauche sie politische Rahmenbedingungen, die ihre Autonomie schützten. Der wirksamste Beitrag zur Stärkung von Wissenschaftsfreiheit, Resilienz und gesellschaftlicher Akzeptanz wäre daher ein klares und praktisch gelebtes Bekenntnis der Politik zur Unabhängigkeit wissenschaftlicher Einrichtungen. Dies sollte sich insbesondere in einer deutlichen Verringerung von Vorgaben in Gesetzen und Förderprogrammen zeigen, was zugleich als positive Nebenwirkung zu einem spürbaren Bürokratieabbau führen würde.

Im Interview mit der *FAZ*<sup>27</sup> beschreibt *Anja Steinbeck* die wachsende Gefahr politischer Eingriffe in die Wissenschaft. Entwicklungen in den USA und anderen Ländern zeigten, wie schnell Hochschulen unter Druck geraten könnten, und auch in Deutschland nähmen politische Einflussversuche zu – etwa durch die Überlegung, missliebigen Forschenden Fördergelder zu entziehen oder durch verpflichtende militärische Kooperationen an bayerischen Universitäten. Hinzu kämen Anfragen und öffentliche Kampagnen der AfD, die versuchten, Wissenschaftler einzuschüchtern und in Misskredit zu bringen. Vor einem „epistemischen Rückzug“ der Hochschulen könne nur gewarnt werden, stattdessen müsse Haltung gezeigt werden, wo demokratische Prinzipien bedroht seien und dies ohne Hochschulangehörige auf bestimmte politische Positionen festzulegen. Das Neutralitätsgebot bedeute keinesfalls,

---

<sup>25</sup> Hannah Bethke, Erschöpfte Mitte, *Welt am Sonntag*, 8.3.2026.

<sup>26</sup> Volker Meyer-Guckel, Zu viel Wertsetzung, *FAZ*, 12.3.2026.

<sup>27</sup> Thomas Thiel, Wir sollten Haltung zeigen. Fragen an Anja Steinbeck, Rektorin der Universität Düsseldorf, *FAZ*, 11.3.2026.

verfassungsfeindlichen Tendenzen tatenlos zuzusehen. Wissenschaft dürfte zwar nicht aktivistisch werden, müsse aber ihre Rolle klar definieren: Forschung sollte methodisch fundierte Erkenntnisse bereitstellen, politische Entscheidungen würden der Gesellschaft und der Politik obliegen. Gleichzeitig seien Universitäten mit Konflikten auf dem Campus konfrontiert, etwa bei Veranstaltungen zu Migration, Geschlecht oder dem Nahostkonflikt seit dem 7. Oktober. Sie müssten Sicherheit gewährleisten, ohne als Zensurbehörden aufzutreten, und würden dennoch häufig unfair beschuldigt, politische Positionen zu unterstützen oder zu unterdrücken. Mehr Zurückhaltung bei politischen Stellungnahmen von Hochschulleitungen sei – abgesehen von einer Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung – angebracht. Förderanträgen dürften nicht mit gesellschaftspolitischen Zielen wie Gleichstellung, Diversität oder Nachhaltigkeit, die wissenschaftsgeleitete Verfahren zunehmend verdrängen würden, überfrachtet werden. Solche Vorgaben gefährdeten die Freiheit der Forschung.

*Gerhard Poppenberg* bedauert in der *FAZ*<sup>28</sup> den starken Rückgang der Studierendenzahlen in den Geisteswissenschaften und kritisiert, dass Politik und Hochschulen darauf mit Stellenstreichungen reagierten, statt die grundlegende Bedeutung dieser Fächer anzuerkennen. Geisteswissenschaften seien zentral für das Verständnis von Weltdeutungen, historischen Entwicklungen und der Ausbildung von Urteilskraft, einem Vermögen, das besonders in komplexen politischen, gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen unverzichtbar sei. Die zunehmende Spezialisierung der Wissenschaften habe jedoch dazu geführt, dass Zusammenhänge aus dem Blick gerieten und reine Wissensvermittlung statt Bildung überwiege. Gerade angesichts globaler Konflikte, technologischer Entwicklungen wie KI und gesellschaftlicher Debatten brauche es aber die Fähigkeit, komplexe Konstellationen zu analysieren und zu deuten. Die Geisteswissenschaften lieferten hierfür unverzichtbare methodische Grundlagen. Wichtig sei daher eine Neuausrichtung des Wissenschaftssystems, in dem geisteswissenschaftliche Urteilskraft zum verbindenden Element zwischen den Disziplinen werde und interdisziplinäres, lösungsorientiertes Denken ermögliche: „Das könnte eine ähnlich radikale Universitätsreform ermöglichen, wie sie zuletzt vor zweihundert Jahren stattgefunden hat. Sie hat das in den Rektoratsreden erkennbare Wissenschaftssystem hervorgebracht. Es hatte für lange Zeit Bedeutung in der Welt.“

*Georg Mein* betont in der *Zeit*<sup>29</sup>, dass Universitäten für demokratische Gesellschaften unverzichtbar seien, weil sie „Garanten für demokratisches Denken in Krisenzeiten“ darstellten. Während öffentliche Debatten oft von Sparzwängen, Effizienzdruck und Innovationsforderungen geprägt seien, beruhe Wissenschaft auf Evidenz, Nachprüfbarkeit und ständiger Selbstkorrektur und sei damit eng mit den Prinzipien demokratischer Deliberation verbunden. Demokratie wie Wissenschaft setzten voraus, dass niemand endgültige Wahrheiten besitze und jede Position begründet, kritisiert und verbessert werden könne. Daraus ergäben sich zentrale Aufgaben für Universitäten. Sie sollten Laboratorien der Urteilskraft sein, ihre eigene Öffentlichkeit stärken und sich gegenüber rein ökonomischen Verwertungslogiken behaupten, um die intellektuellen Grundlagen demokratischer Urteilsfähigkeit sichern zu können.

*Matthias Hans Tschöp* weist im *Focus*<sup>30</sup> auf die fundamentale Bedeutung der Wissenschaft für moderne Gesellschaften hin, nicht nur als Motor technischer Innovationen, sondern auch als Grundlage von Freiheit, demokratischer Urteilsfähigkeit und kritischem Denken. Erkenntnis sei die zentrale Ressource unserer Zeit und wissenschaftliche Exzellenz sei kein Luxus, sondern stelle eine strategische Notwendigkeit für die offene Gesellschaft dar. Durchbrüche seien jedoch nicht planbar, sondern entstünden aus langfristiger, ergebnisoffener Grundlagenforschung und interdisziplinärer Zusammenarbeit. Universitäten seien besondere Orte,

---

<sup>28</sup> Gerhard Poppenberg, Das Leben des Geistes, *FAZ*, 25.2.2026.

<sup>29</sup> Georg Mein, Die Position: Die Demokratie braucht uns!, *Die Zeit*, 26.2.2026.

<sup>30</sup> Matthias Hans Tschöp, Exzellente Wissenschaft ist ein Standort-Faktor, *Focus*, 13.3.2026.

an denen unterschiedliche wissenschaftliche Perspektiven zusammenkommen und gesellschaftliche Konflikte reflektiert bearbeitet werden könnten. Wissenschaft brauche aber auch Freiheit, Zeit, Risiko und stabile Strukturen, um innovativ bleiben zu können. Ohne unabhängige, starke Universitäten – unterstützt durch Programme wie die Exzellenzstrategie – würde jeder Zukunft die argumentative und innovative Substanz fehlen.

## In der Debatte: Jürgen Habermas

Der mit 96 Jahren verstorbene Philosoph Jürgen Habermas sei in Deutschland hoch verehrt worden, oft über seine eigentlichen Schriften hinaus, konstatiert *Johan Schloemann* in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>31</sup>. Seit seiner Zeit als Assistent Adornos habe er intellektuell herausgeragt und die kritische Gesellschaftstheorie maßgeblich weiter geprägt. Habermas habe dabei stets auf Kommunikation, Verständigung und revisionsfähiges Denken gesetzt. Sein umfassendes Werk, zuletzt ein 1.700 Seiten umfassendes Buch über Glauben und Wissen, sei getragen worden von der Frage, wie Menschen sich ohne religiöse Bindung normativ orientieren könnten. In politischen und ethischen Debatten der Bundesrepublik habe er mit „begrifflicher Schärfe“ das Niveau öffentlicher Diskussionen gesteigert und sei zu einem Lehrer für demokratische Debatten geworden. Zentral sei für ihn der Begriff der Öffentlichkeit als Raum der gemeinsamen Wahrheitssuche gewesen, eine Idee, die heute angesichts zersplitterter, manipulierter Medienlandschaften unter Druck stehe. Dennoch bleibe sein Vermächtnis die Überzeugung, dass Demokratie nur durch vernünftige Rede und den mühsamen Austausch von Argumenten lebendig bleiben könne.

Jürgen Habermas, 1929 geboren und in der NS-Zeit sozialisiert, habe sich früh zu einer prägnanten öffentlichen Stimme entwickelt, merkt *Oliver Weber* in der *FAZ*<sup>32</sup> an. Schon als Student habe er mit einer kritischen Rezension zu Heidegger auf sich aufmerksam gemacht, in der er gegen die fortgesetzte Verharmlosung des Nationalsozialismus Stellung bezog. Diese frühe Intervention hätte jene Eigenschaften angekündigt, die sein Wirken prägen sollten: politisches Sensorium, analytischer Blick für das Ungesagte und die Bereitschaft zur polemischen Zuspitzung. Parallel zu seiner akademischen Laufbahn – Promotion, Assistenz bei Horkheimer und Adorno, Habilitation in Marburg – habe er publizistisch immer wieder energisch in politische Debatten eingegriffen. Sein wissenschaftlicher Durchbruch sei 1962 mit seiner Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ gelungen, in der er den Übergang von einer vernunftorientierten bürgerlichen Öffentlichkeit zu einer massenmedial gesteuerten, anfälligen Öffentlichkeit diagnostizierte. Später habe er die Theorie des kommunikativen Handelns entwickelt und mit Faktizität und Geltung seine Überlegungen direkt auf das demokratische Zusammenleben angewandt. Habermas sei zeitlebens ein engagierter Intellektueller geblieben, der sich in politische Kontroversen wie den Historikerstreit eingemischt und dort die Singularität nationalsozialistischer Verbrechen verteidigt habe. In seinen letzten Jahren habe er sich zunehmend pessimistisch gezeigt, besonders angesichts sozialer Medien und gesellschaftlicher Polarisierung. Mit seiner zweibändigen „Geschichte der Philosophie“ hinterlasse er ein letztes großes Werk und eine intellektuelle Spur, die eine ganze Epoche geprägt habe.

*Eckhard Fuhr* würdigt Jürgen Habermas, dessen Denken besonders in der Spannung zwischen Glauben und Wissen sichtbar geworden sei, in der *Welt am Sonntag*<sup>33</sup> als den „letzte[n] Großdenker der Republik“. Habermas habe die Sprache als grundlegendes Medium mensch-

---

<sup>31</sup> Johan Schloemann, Was bleibt, *SZ*, 16.3.2026.

<sup>32</sup> Oliver Weber, Mann einer Epoche, *FAZ*, 16.3.2026.

<sup>33</sup> Eckhard Fuhr, Der letzte Großdenker der Republik, *Welt am Sonntag*, 15.3.2026.

licher Vernunft und Kommunikation betrachtet und sie fast als etwas „quasi Religiöses“ angesehen. Trotz der Strenge seiner wissenschaftlichen Werke habe er öffentliche Debatten nachhaltig geprägt, sowohl als Philosoph der Frankfurter Schule als auch als engagierter Publizist. Seine Biografie zeige die Distanzierung vom NS-Milieu seiner Kindheit, den intellektuellen Aufstieg vom Studenten zum Vordenker und seine bleibende Rolle als Kritiker politischer Entwicklungen. Europa sei für ihn ein zentrales Friedens- und Hoffnungsprojekt geblieben, auch wenn er dessen Bedrohungen durch den Nationalismus warnend wahrgenommen habe.

„Habermas war nie nur Philosoph, nie nur Soziologe, sein Ansatz war interdisziplinär – und damit gleichermaßen hochmodern“ merkt *Jens Münchrath* im *Handelsblatt*<sup>34</sup> an. Der verstorbene Philosoph sei eine intellektuelle Orientierungsfigur in einer Zeit globaler Unsicherheiten gewesen. Der „letzte große Universalgelehrte“ habe Philosophie, Soziologie und politische Theorie miteinander verbunden und zentrale Begriffe wie „herrschaftsfreier Diskurs“, „Weltinnenpolitik“ und „Verfassungspatriotismus“ geprägt. Seine Hauptwerke hätten über Jahrzehnte die geisteswissenschaftlichen Debatten beeinflusst. Habermas habe zudem eine reformorientierte Demokratie unterstützt, sich gegen eine Relativierungen des Nationalsozialismus im Historikerstreit gewandt, eine reflektierte pazifistische Haltung vertreten und sich stark für das europäische Integrationsprojekt engagiert. Mit Sorge habe er zuletzt den Aufstieg populistischer Kräfte und die Erosion einer funktionierenden Öffentlichkeit beobachtet.

In der *Zeit*<sup>35</sup> würdigt *Michel Friedman* Habermas als prägende intellektuelle Figur der Bundesrepublik, deren Denken und Haltung vielen Orientierung geboten habe – politisch, philosophisch und persönlich. Seine Verteidigung von Vernunft, Diskurs und einem offenen, zugänglichen öffentlichen Raum habe das Vertrauen in die deutsche Demokratie gestärkt, gerade für jemanden, der als Jude nach der Schoah in Deutschland leben wollte. Habermas' Denken sei prägend, insbesondere sein Verständnis von Streitkultur als Grundlage einer lebendigen Demokratie. Allerdings hätten politische Akteure in den vergangenen Jahrzehnten diese Diskursprinzipien zunehmend vernachlässigt, was extremistischen Kräften Raum gegeben habe. Trotz dieser Entwicklung bleibe Habermas ein Vorbild eines „public intellectual“, der komplexe Gedanken verständlich vermitteln konnte und für eine demokratische und vernunftgeleitete Öffentlichkeit eingetreten sei.

*Thomas Schmid* urteilt in der *Welt*<sup>36</sup>, Jürgen Habermas sei ein kompromisslos idealistischer Vertreter westlicher Vernunft gewesen, dessen Denken lebenslang vom Versuch geprägt gewesen sei, eine aufgeklärte, diskursive Demokratie zu stärken. Der Zweite Weltkrieg sei für ihn zur prägenden Erfahrung geworden, aus der sein Vertrauen in Öffentlichkeit, Kommunikation und westliche Demokratie erwachsen sei. Früh habe er politisch interveniert, etwa in der Auseinandersetzung mit Heidegger, und mit dem Strukturwandel der Öffentlichkeit und der Theorie des kommunikativen Handelns seine zentralen Ideen entwickelt. Eine lebendige Demokratie lebe vom offenen, argumentativen Austausch der Bürger. Auch wenn seine Ideale in modernen Massengesellschaften oft unrealistisch wirkten, habe Habermas unbeirrt daran festgehalten. Er habe mit Studierenden, intellektuellen Gegnern und politischen Akteuren stets im Namen der Vernunft gestritten. Zugleich sei er widersprüchlich geblieben, etwa durch autoritäre Reaktionen auf Kritik oder ein idealisiertes Bild westlicher Politik. Spät habe er die Bundesrepublik und die Bedeutung der Westbindung gewürdigt, zugleich erschütterten der russische Angriffskrieg und Donald Trumps Politik sein Weltbild. Bis zum Ende habe er dennoch an das „unvollendete Projekt der Moderne“ und an die Kraft vernünftiger Kommunikation als Grundlage einer gerechten Gesellschaft geglaubt.

---

<sup>34</sup> Jens Münchrath, Streiter für die Vernunft und gegen den Zynismus, *Handelsblatt*, 16.3.2026.

<sup>35</sup> Michel Friedman, Recht hat er, *Die Zeit*, 19.3.2026.

<sup>36</sup> Thomas Schmid, Das leuchtende Scheitern der Klugen, *Die Welt*, 16.3.2026.

Martin Meyer würdigt Jürgen Habermas in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>37</sup> als „Moralist einer Epoche“, der allerdings zuletzt an das „Orakel der Pythia“ erinnert habe. Von seinen marxistisch geprägten Anfängen über seine Rolle als prägende intellektuelle Figur der 68er-Generation bis hin zu seiner späteren Theorie der kommunikativen Vernunft habe er über Jahrzehnte den philosophischen und politischen Diskurs in Deutschland beeinflusst. Seine Konzepte – etwa der „herrschaftsfreie Diskurs“ – seien breit rezipiert worden, auch wenn sie in der Praxis oft schwer umsetzbar gewesen seien. Ab den 1990er Jahren sei Kritik an ihm zunehmend schwieriger geworden, da er als moralische Instanz der Bundesrepublik gegolten habe, besonders nach seiner klaren Position im Historikerstreit. Dabei seien aber auch Grenzen sichtbar geworden, denn Habermas habe Widerspruch wenig geschätzt und sei immer stärker zu einer moralischen Autorität stilisiert worden, deren Aussagen teils als unantastbar gegolten hätten. Sein spätes Wirken, etwa seine Haltung zum Ukrainekrieg, erscheine sogar realitätsfern, es habe den Eindruck, als habe er selbst erkannt, „wie zeitbezogen und ablaufpflichtig“ sein Werk sei.

## Rezensionen

In der *Süddeutschen Zeitung*<sup>38</sup> stellt Aurelie von Blazekovic sieben Bücher vor, die versuchen, die Entwicklungen in der Islamischen Republik Iran verständlicher zu machen: **Auf den Straßen Teherans** von Nila; **The Shadow Commander. Soleimani, the U.S., and Iran's Global Ambitions** von Arash Azizi; **Joseph Anton. Die Autobiografie** von Salman Rushdie; **Meine Worte – Weisheiten, Warnungen, Weisungen** von Ayatollah Khomeini; **Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann** von Frank Bösch; **Der standhafte Papagei. Erinnerungen an Teheran 1979** von Amir Hassan Chehelan sowie **Stadt der Lügen. Liebe, Sex und Tod in Teheran** von Ramita Navai.

Der *Economist*<sup>39</sup> empfiehlt sechs informative Bücher als Lektüre zu dieser Thematik: **America and Iran: A History, 1720 to the Present** von John Ghazvinian; **For the Sun after Long Nights: The Story of Iran's Women-led Uprising** von Nilo Tabrizy und Fatemeh Jamalpour; **In the Rose Garden of the Martyrs: A Memoir of Iran** von Christopher de Bellaigue; **Iran: A Modern History** von Abbas Amanat; **Iran's Grand Strategy: A Political History** von Vali Nasr sowie **King of Kings** von Scott Anderson.

Ute Daniel gehe in ihrem Buch **Im Zwischenreich. Eine Geschichte der Weimarer Republik, 1918 bis 1933** der Frage nach, welche Gründe es für das Scheitern der Weimarer Republik gegeben habe, eine Darstellung, die sich lohne – so Florian Keisinger in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>40</sup> –, denn „ihre Deutung der Jahre 1918 bis 1933 zeigt, wie sehr gegenwärtige Entwicklungen den Blick auf die Vergangenheit schärfen und neue Perspektiven eröffnen können“.

Heiko Holste sei in **Der Freistaat Schaumburg-Lippe und sein Staatsrat Heinrich Lorenz. Eine biographische Demokratiegeschichte 1918–1933** mit Hilfe eines biografischen Ansatzes der Frage nachgegangen, warum es in Schaumburg-Lippe zwischen 1918 bis ins Jahr 1933 gelungen sei, einen „Hort der Stabilität“ aufrecht zu erhalten, schreibt Robert Probst in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>41</sup>.

<sup>37</sup> Martin Meyer, *Moralist einer Epoche*, NZZ, 17.3.2026.

<sup>38</sup> Aurelie von Blazekovic, *Einmal Iran und zurück*, SZ, 3.3.2026.

<sup>39</sup> *Six books to read about Iran*, The Economist, 5.3.2026.

<sup>40</sup> Florian Keisinger, *Ausufernde Gewalt und marode Staatsfinanzen*, NZZ, 3.3.2026.

<sup>41</sup> Robert Probst, *Kleine Hochburg der Demokratie*, SZ, 16.3.2026.

**Marie-Janine Calic** habe mit ihrem Buch **Balkan-Odyssee 1933–1941. Auf der Flucht vor Hitler durch Südosteuropa**, ein weiteres Kapitel der Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland aufgearbeitet, „eine herausragend elegant geschriebene Geschichte, die sich so spannend wie ein Krimiroman“ lese, stellt *Doris Akrap* in der *taz*<sup>42</sup> fest.

**Christian Goeschel** und **Daniel Hedinger** böten mit ihrem Buch **München 38. Die Welt am Scheideweg** eine „überaus präzise und detailreiche und seitenweise wie ein spannender Krimi zu lesende Analyse, welche das Appeasement angesichts der beiden Diktatoren Hitler und Mussolini, aber eben auch als weltweites und vor allem fernöstliches Phänomen zeigt“, merkt *Clemens Klünemann* in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>43</sup> an.

„Der Autor systematisiert die Verhältnisse der Akteure auf dem Feld der Kirchenpolitik sehr stark, was dem sprunghaften, situationistischen Charakter der nationalsozialistischen Herrschaft nicht ganz gerecht und sehr redundant dargeboten wird, zumal die Ereignisgeschichte nicht durchgängig chronologisch erzählt wird“ merkt *Peter Hoeres* in der *FAZ*<sup>44</sup> über **Hitlers Reichskirchenminister. Nationalsozialistische Kirchenpolitik als strategisches Scheitern 1935–1941** von **Daniel E.D. Müller** an.

**Jan Jekal** beschreibe in seinem „hervorragenden Buch“ **Paranoia in Hollywood. Wie die USA exilierte Künstler erst retteten und dann verfolgten 1941–1953**, wie vor dem Faschismus geflüchtete Künstler in Hollywood Aufnahme fanden, aber auch, wie das Kriegsende 1945 für viele von ihnen „nicht nur einen befreienden Triumph“ bedeutet habe, schreibt *Tobias Sedlmaier* in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>45</sup>.

„Von einigen interessanten Quellen abgesehen, die das bislang bekannte Bild allerdings nicht grundlegend verändern, gibt es hier nichts Neues. Der wissenschaftliche Wert ist gering, die Tendenz deutlich erkennbar, der Ton anmaßend. Es ist ein Rätsel, weshalb ein Buch mit derart offenkundigen Schwächen überwiegend gelobt und dem Autor bislang nicht mehr Paroli geboten wurde“ urteilt *Friedrich Geiger* im *Spiegel*<sup>46</sup> über **Genie und Gewissen. Herbert von Karajan zwischen Musik und Nationalsozialismus** von **Michael Wolffsohn**.

In der *FAZ*<sup>47</sup> weist *Theresa Weiss* auf die Studie **Ausgeschlagenes Erbe. Die jüdische Geschichte Halberstadts in der DDR** von **Philipp Graf** hin, der in seinem Buch „bildhaft“ nachzeichne, wie die staatliche Erinnerungspolitik der SED die Spuren jüdischen Lebens in Halberstadt getilgt habe.

**Peter Neumann** mache in seinem Essay **Mentalitäten. Wie wir besser verstehen, was uns trennt und was uns eint** deutlich, „dass sich polarisierende Debatten nur verstehen lassen, wenn wir die darunterliegenden Muster sehen“ und fordere einen „Perspektivwechsel in der Debattenkultur“, merkt *Gerrit Tiefenthal* in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>48</sup> an.

„**Christoph Bartmann** nimmt den Kulturkampf von AfD und Co. zu oberflächlich in den Blick – und tut noch so, als wäre die harte Rechte an Feinheiten der Ästhetik interessiert“ merkt *Peter Laudenbach* in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>49</sup> über **Attacke von rechts – Der neue Kampf um die Kultur** an.

„Problematisiert wird das mittlerweile symbiotische Verhältnis von Sozialdemokratie und Kirchen bei Weber allerdings nicht. Ob inhaltliche Annäherung und institutionelle Verflechtung auch Gründe für den gemeinsamen gesellschaftlichen Bedeutungsverlust sein könnten, wird nur am Rande diskutiert und leider nicht weiter kritisch hinterfragt“ konstatiert *René*

<sup>42</sup> Doris Akrap, Einige empfinden man wie Popstars, *taz*, die tageszeitung, 10.3.2026.

<sup>43</sup> Clemens Klünemann, Das Menetekel von München, *SZ*, 16.3.2026.

<sup>44</sup> Peter Hoeres, Hitler ließ ihn ins Leere laufen, *FAZ*, 17.3.2026.

<sup>45</sup> Tobias Sedlmaier, Paranoia im Paradies, *NZZ*, 13.3.2026.

<sup>46</sup> Friedrich Geiger, Eine freie Fantasie, *Der Spiegel*, 13.3.2026.

<sup>47</sup> Theresa Weiss, Antisemitismus hinter dem Schutzwall, *FAZ*, 24.2.2026

<sup>48</sup> Gerrit Tiefenthal, Nicht Identität, sondern Erlebnisse prägen die politische Haltung, *NZZ*, 24.2.2026.

<sup>49</sup> Peter Laudenbach, Labern gegen rechts?, *SZ*, 26.2.2026.

Schlott in der FAZ<sup>50</sup> über **SPD und Kirchen im Wandel. Ausgrenzung und Annäherung seit dem Kaiserreich** von **Bernd Weber**.

„Zu Bedorfs Stärken gehört, dass er die Frontstellungen der Identitätsdebatte hinter sich lässt. Zwischen universalistischer Nivellierung auf der einen und identitärer Selbstverabsolutierung auf der anderen Seite zieht er eine dritte Linie: situiert, aber nicht determiniert“ lautet die Einschätzung von *Fabian Endemann* in der FAZ<sup>51</sup> über **Bodenlos situiert. Eine politische Phänomenologie** von **Thomas Bedarf**.

Mit seinem Buch **Die Bildungsweltmeister. Eine Reise zu den besten Schulen der Welt und was wir von ihnen lernen können** habe sich der Bildungsexperte **Alexander Brand** auf eine „ambitionierte[...] Suche nach einem Erfolgsrezept, das Deutschland aus der Bildungsmisere“ retten könne, begeben, stellt *Marie-Luise Goldmann* in der *Welt*<sup>52</sup> fest.

„Jörg Baberowski spricht nicht direkt von der AfD, empfiehlt aber mit Leidenschaft, auf die Signale einzugehen, die von den Populisten ausgehen“ konstatiert *Thomas Schmid* in der *Welt am Sonntag*<sup>53</sup> über **Am Volk vorbei. Zur Krise der liberalen Demokratie**.

In seinem Buch **Meinungsfreiheit. Wie Polizei und Justiz unser Grundrecht einschränken – und wie wir es verteidigen** schlage **Ronen Steinke** eine „Kultur der Widerrede“ vor, denn „wo ‚menschliche Kräfte‘ aneinander reiben, wird Denkkraft geübt – und Wahrheit hat zumindest eine Chance, sich durchzusetzen“, konstatiert *Benedikt Herber* in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>54</sup>.

**Jana Hensel** gelinge es in ihrem Buch **Es war einmal ein Land. Warum sich der Osten von der Demokratie verabschiedet** nicht schlüssig zu erklären, warum die AfD in Ostdeutschland so groß werden konnte und damit ihre zu Grunde gelegte These zu belegen, urteilt *Stefan Locke* in der FAZ<sup>55</sup>.

*Erhard Schütz* befasst sich in der *Welt am Sonntag*<sup>56</sup> mit zwei Büchern, die das Verschwinden von DDR-Verlagen nach der Wiedervereinigung in den Blick nehmen: **Ausradiert? Wie die DDR-Literatur verschwand** von **Carsten Gansel** sowie **Verschundene Verlage. Ein unbekanntes Kapitel ostdeutscher Kulturgeschichte** von **Christoph Links**.

In ihrem Essay **Landschaft ohne Zeugen. Buchenwald und der Riss in der Erinnerung** setze sich **Ines Geipel** mit dem „Staatsmythos der DDR“ auseinander, merkt *Michael Pilz* in der *Welt am Sonntag*<sup>57</sup> an.

In seinem Buch **Can Europe Survive? The Story of a Continent in a Fractured World** befasse sich **David Marsh** auch mit den deutsch-britischen Beziehungen und gehe – so *Gerald Braunberger* in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*<sup>58</sup> – der Frage nach, was in den vergangenen vier Jahrzehnten in Europa falsch gelaufen sei.

Das „voluminöse, kundige und faktenreiche Werk“ **Der Traum von der Großmacht. Frankreich: Deutschlands schwieriger Nachbar** von **Klaus Kellmann** nehme die komplizierte Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen „in einem prägnanten, eingängi-

---

<sup>50</sup> Bernd Weber, Kein katholisches Lokal für die roten Genossen, FAZ, 3.3.2026.

<sup>51</sup> Fabian Endemann, Quer zu den Fronten der Identitätsdebatte, FAZ, 19.3.2026.

<sup>52</sup> Marie-Luise Goldmann, Die beste Schule ist die nächste – was Bildungsweltmeister uns wirklich voraushaben, Die Welt, 3.3.2026.

<sup>53</sup> Thomas Schmid, Jörg Baberowski sieht Populismus positiv, Welt am Sonntag, 8.3.2026.

<sup>54</sup> Benedikt Herber, Soll Beleidigung strafbar sein?, NZZ, 11.3.2026.

<sup>55</sup> Stefan Locke, Wider die ständige Kümmerei, FAZ, 11.3.2026.

<sup>56</sup> Erhard Schütz, Wie das Leseland DDR verschwand: Christoph Links und Carsten Gansel bilanzieren, Welt am Sonntag, 8.3.2026.

<sup>57</sup> Michael Pilz, Ines Geipel zeigt den Staatsmythos der DDR, Welt am Sonntag, 8.3.2026.

<sup>58</sup> Gerald Braunberger, Koalitionen der Willigen, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.3.2026.

gen, beispielreichen Stil“ in den Blick und dekonstruiere dabei „abgenutzte Mythen von Völkerfreundschaft und dem gemeinsamen europäischen Haus“, merkt *Stefan Ulrich* in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>59</sup> an.

In seinem Buch **Was wollen wir? Was können wir? Deutschlands Rolle in der globalen Machtverschiebung** schreibe **Roderich Kiesewetter** „Klartext“, nehme die aktuelle Sicherheitslage in den Blick und setze sich mit dem „deutschen Sofa-Pazifismus“ auseinander, konstatiert *Georg Ismar* in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>60</sup>.

*Lorenz Hemicker* stellt in der *FAZ*<sup>61</sup> fest, **Matthias Rogg** mache in seiner Darstellung **Armee der Einheit? Deutsche Streitkräfte zwischen Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung** deutlich, dass es nach der Wiedervereinigung nicht gelungen sei, aus Bundeswehr und Nationaler Volksarmee eine „Armee der Einheit“ zu schaffen.

*Michael Rühle* merkt im *Cicero*<sup>62</sup> über **Stark für den Frieden** von **Johannes Varwick** an, das Buch profitiere „von seinen autobiografischen Bezügen, doch ist seine Subjektivität zugleich die Schwäche des Buches. Es ist eine Selbstverteidigung, die nur teilweise gelingt, weil sie ins Rechthaberische abgleitet“ und zudem biete der Autor bei aller Kritik an der Russlandpolitik des Westens nur eine Alternative an, die „diffus“ erscheine.

In **Orbán. Die Biografie** schildere **Stefano Bottoni** den Aufstieg des ungarischen Ministerpräsidenten mit „maximaler Nüchternheit“ und es gelinge ihm dabei, „trotz seiner offenen kritischen Haltung [...] ohne Moralkeule auszukommen“, lautet die Einschätzung von *Alexander Haneke* in der *FAZ*<sup>63</sup>.

In der *taz*<sup>64</sup> stellt *Sebastian Moll* zwei Bücher vor, die sich mit der Geschichte von Bernie Goetz befassen und dabei Linien in die politische Gegenwart in den USA ziehen: **Fear and Fury: Bernie Goetz, the Reagan ,80s, and the Rebirth of White Rage** von **Heather Ann Thompson** sowie **Five Bullets: The Story of Bernie Goetz, New York's Explosive ,80s, and the Subway Vigilante Trial That Divided the Nation** von **Elliot Williams**.

*Bill Emmott* präsentiert in der *Financial Times*<sup>65</sup> drei Bücher, die sich mit in Unruhe geratenen globalen Weltordnung auseinandersetzen: **The Triangle of Power: Rebalancing the New World Order** von **Alexander Stubb**; **The Coming Storm: Power, Conflict and Warnings from History** von **Odd Arne Westad** sowie **Statecraft: The New Rules of Power in a Divided World** von **Jack Watling**.

In ihrem Buch **Die Stunde der Nashörner. Wie Unternehmen die neuen geopolitischen Risiken managen** befassten sich **Ansgar Baums** und **Thomas Ramge** mit den Risiken und Herausforderungen, denen sich die globalisierte Wirtschaft im Moment gegenübersehe und böten damit „eine Art Leitfaden für Unternehmen im Umgang mit geopolitischen Risiken“, merkt *Thomas Speckmann* in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>66</sup> an.

Der von **Rainer Klump** herausgegebene Sammelband **Ökonominnen. Frauen in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften** sei mehr als ein „Mahnmal“ und es gelinge ihm – so *Karen Horn* in der *FAZ*<sup>67</sup> –, „die Ansätze so mancher kluger Denkerinnen der Vergessenheit [zu entreißen], die es verdient haben, kontextualisiert, näher betrachtet, weitergedacht und produktiv mit den modernen Verzweigungen der Volkswirtschaftslehre verzahnt zu werden.“

---

<sup>59</sup> Stefan Ulrich, Nicht mehr beste Freunde, SZ, 9.3.2026.

<sup>60</sup> Georg Ismar, „Für mein Land kämpfen? Ja sicher!“, Süddeutsche Zeitung, 2.3.2026.

<sup>61</sup> Lorenz Hemicker, Diese Armee war nur Konkursmasse, FAZ, 24.2.2026.

<sup>62</sup> Michael Rühle, Aus dem sicherheitspolitischen Abseits, Cicero, 27.2.2026.

<sup>63</sup> Alexander Haneke, Orbáns kurviger Weg, FAZ, 3.3.2026.

<sup>64</sup> Sebastian Moll, Kaltblütig und ohne erkennbaren Grund, taz, die tageszeitung, 3.3.2026.

<sup>65</sup> Bill Emmott, Trapped in the middle of a new world disorder, Financial Times, 4.3.2026.

<sup>66</sup> Thomas Speckmann, Geopolitik wird zur Chefsache, NZZ, 16.3.2026.

<sup>67</sup> Karen Horn, Nicht nur ein Mahnmal – Frauen in der Ökonomik: Von Webb bis Goldin, FAZ, 2.3.2026.

**Volker Reinhardt** sei in seiner Biografie **Rousseau. Auf der Suche nach der verlorenen Natur** „auch diesmal dem Vorsatz gefolgt, seinen Titelhelden aus allen nachträglichen weltanschaulichen Vereinnahmungen und Aktualisierungsversuchen herauszulösen, um Werk und Person ganz aus dem historischen Kontext verständlich zu machen“ konstatiert *Marianna Lieder* in der *FAZ*<sup>68</sup>.

„**Peter Illetschko** schafft es, in seinem knappen Buch dieses ganze Leben, die Arbeit als Wissenschaftler und als Intellektueller, als Mahner und als Förderer der Wissenschaft, handlich zu verpacken. Und die Ausflüge in die Physik, vor allem jene in die Welt der Quanten, so zu vermitteln, dass man beim Lesen zumindest eine Ahnung davon bekommt, worum es geht“ lautet das Urteil von *Florian Gasser* in der *Zeit*<sup>69</sup> über **Im Schatten der Atombombe – Victor Weiskopf**.

*Barnaby Skinner* betrachtet in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>70</sup> **Ethische Intelligenz. Wie uns KI moralisch weiterbringen kann** von **Markus Gabriel**, der darin „für ein Zusammenleben mit KI, basierend auf Ethik und Resonanz“ plädiert und Warnungen vor dem Ende der Menschheit durch KI als „schlechte Science Fiction“ beschreibe.

In seinem Buch **Unsternstunden der Menschheit** beschreibe **Armin Thurnher** „historisch-politische Wegmarken wie 9/11, die Corona-Pandemie, den Überfall Russlands auf die Ukraine 2022 und den 7. Oktober 2023, aber die überwiegende Zahl der 30 Kapitel erkennt als Unsternstunden vor allem die Etappen der Tech-Revolution und der Digitalisierung“, konstatiert *Holger Kreitling* in der *Welt*<sup>71</sup>.

*Helene Röhnsch* stellt in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*<sup>72</sup> zwei Bücher vor, die die „Pathologien der Spätmoderne“ in den Blick nehmen: **Das unersättliche Selbst** von **Thomas Arnold** und **Thomas Fuchs** sowie **Opfer** von **Maria-Sibylla Lotter**.

---

<sup>68</sup> Marianna Lieder, An einem schönen heißen Oktobertag?, *FAZ*, 3.3.2026.

<sup>69</sup> Florian Gasser, Er wollte Werner Heisenberg entführen, *Die Zeit*, 5.3.2026.

<sup>70</sup> Barnaby Skinner, Schluss mit der Weltuntergangsrhetorik, *NZZ*, 5.3.2026.

<sup>71</sup> Holger Kreitling, Das iPhone war nur des Schrecklichen Anfang, *Die Welt*, 2.3.2026.

<sup>72</sup> Helene Röhnsch, Ausweitung der Psychozone, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 15.3.2026.

## Impressum

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)